

Noch mehr Ökostrom in Skandinavien

Schweden und Norwegen gehen bei der Förderung der Erneuerbaren einen anderen Weg als die meisten EU-Länder. Statt den Ausbau über Einspeisevergütungen direkt zu unterstützen, setzen sie auf ein Zertifikatesystem – und heben nun ihre Ziele an. Allerdings haben die beiden Länder extrem gute Ausgangsbedingungen wegen ihres hohen Wasserkraft-Anteils.

Aus Stockholm Reinhard Wolff

Norwegen und Schweden heben ihre Ausbauziele für erneuerbare Energien an. Bislang planten die beiden skandinavischen Länder für den Zeitraum von 2012 bis 2020 einen Zubau von 26,4 Millionen Megawattstunden jährlicher Produktion. Nun sollen es 28,4 Millionen Megawattstunden sein. Das vereinbarten die Energieminister beider Länder, Tord Lien (http://en.wikipedia.org/wiki/Tord_Lien) und Ibrahim Baylan (http://en.wikipedia.org/wiki/Ibrahim_Baylan), kürzlich in Stockholm. Die Änderung soll 2016 in Kraft treten. Hintergrund: Bereits jetzt befinden sich Ausbauprojekte im Umfang von 22,4 Millionen Megawattstunden im konkreten Planungsstadium. Ohne die beschlossene Aufstockung wäre ein Abbremsen der Investitionen in Erneuerbare zu erwarten gewesen.



Windräder in Schweden. Durch die starke Wasserkraft und die immer noch starke Atomenergie braucht Schweden kaum Öl, Gas, Kohle zur Energieversorgung. (Foto: Håkan Dahlström/Flickr (<https://www.flickr.com/photos/dahlstroms/>))

Bei der Förderung erneuerbarer Energien hat Schweden von vorneherein ein anderes Modell gewählt als die meisten EU-Länder. 2003 startete Stockholm ein Stromzertifikatesystem (http://www.energimyndigheten.se/Global/Engelska/About%20us/Illustration_gemensammarknad_ENG.pdf%20). Seit 2012 ist es zu einem gemeinsamen System mit Norwegen erweitert worden. Danach müssen alle Energieunternehmen eine jährlich wachsende Quote ihres verkauften Stroms aus Windkraft, Wellen- oder Solarenergie, kleinen Wasserkraftwerken oder Biomasse liefern. Welche Quelle sie wählen, ist ihnen freigestellt. Erreichen sie die festgelegte Quote nicht, müssen sie entweder eine "Konzessionspflichtabgabe" zahlen oder sie können sich – ähnlich wie im CO₂-Emissionshandelssystem – "Stromzertifikate" ("Elcertifikater") von den Produzenten erneuerbarer Energiequellen kaufen, sofern diese mit ihrer Quote über dem Pflichtanteil liegen.

Windkraftboom in Schweden

Zuvor hatte man auf direkte Förderung gesetzt, Steuer- und Abgabenerleichterungen wurden gewährt. Doch damit kam die Umstellung auf regenerative Energien nicht recht vom Fleck. Als Vorteil des Zertifikatesystems wurde gesehen, dass der geforderte Ökostromanteil zu einem möglichst niedrigen Preis erreicht werden kann. Ein Nachteil wurde allerdings in Kauf genommen: Weniger wettbewerbsfähige Technologien haben es erst einmal wesentlich schwerer, Fuß zu fassen.

Die Erwartungen, die man mit der Einführung des Zertifikatesystems hatte, haben sich nach Anfangsschwierigkeiten mittlerweile im Wesentlichen erfüllt. Entgegen vorheriger Unkenrufe wurden die Ausbauziele erreicht. Das Modell bot Investoren eine ausreichende und langfristige Vorhersehbarkeit und Investitionssicherheit. Und für die Stromkonsumenten hielt sich der Aufschlag auf den Stromendpreis in Grenzen. Er lag zuletzt bei umgerechnet 0,5 bis 0,7 Eurocent pro Kilowattstunde.

Zwar wurde zunächst weniger in Windkraft und mehr in Biomasse investiert, da Zertifikate so am billigsten zu erhalten waren. Mit dem Sinken der Kosten für neue Windkraftanlagen hat sich das aber geändert. Schweden erlebte zuletzt einen regelrechten Windkraftboom und lag 2014 hinter Deutschland und Großbritannien in der EU an dritter Stelle beim Zubau neuer Windräder. Der Windkraftanteil an der Stromproduktion hat sich seit 2011 auf acht Prozent verdoppelt und den aus Biomasse mittlerweile überholt. 2016 soll die Windkraftquote die Zehn-Prozent-Hürde nehmen.

Bei sinkenden Kosten für Photovoltaik rechnen Energiepolitiker mit einem ähnlichen Zubauboom. Es sei doch kein Nachteil, wenn sich unter den "grünen" Stromquellen zunächst die konkurrenzfähigsten durchsetzen und nicht die, die man am höchsten subventionieren müsse, argumentiert beispielsweise Lennart Värmbly (http://sv.wikipedia.org/wiki/Lennart_V%C3%A4rmbly), Energieexperte der schwedischen Linkspartei.

Sehr günstige Ausgangsposition durch Wasserkraft

Die gegenwärtige Phase des Zertifikatesystems läuft 2020 aus. Eine breite Mehrheit im schwedischen Parlament will es bis 2030 verlängern. Für diesen Zeitraum peilt man eine Richtmarke von 55 Millionen Megawattstunden jährlicher Produktion an. Damit würde das Land einen erneuerbaren Anteil am Bruttoendenergieverbrauch von 70 Prozent erreichen. Deutschland will bis 2020 auf 18 und bis 2030 auf 30 Prozent kommen (<http://www.umweltbundesamt.de/daten/energiebereitstellung-verbrauch/ausbauziele-der-erneuerbaren-energien>).

Schon heute liegt Schweden mit 52 Prozent an der Spitze der EU-Länder und damit über der eigenen Zielmarke von 49 Prozent für 2020. Deutschland liegt bei gut zwölf Prozent, der EU-Durchschnitt beträgt 14 Prozent. Allerdings darf man nicht vergessen, dass Schweden wegen eines traditionell hohen Anteils – rund 40 Prozent – von Stromproduktion aus Wasserkraft von vornherein eine ausgesprochen günstige Ausgangsposition hatte.

Windräder in Norwegen. Mit 98 Prozent stammt fast der gesamte Strombedarf des Landes aus heimischen Wasserkraftwerken. Norwegen hat weder Atomkraft noch Kohlekraft, außer einem Kraftwerk auf der Inselgruppe Spitzbergen. Weil Energie billig ist, ist auch der Verbrauch überdurchschnittlich hoch. (Foto: John Christian Fjellestad/Flickr (<http://www.flickr.com/photos/jkfjellestad/14350314403/>))

Da derzeit Schweden wegen unterschiedlicher nationaler Steuergesetzgebung attraktiver für Investoren ist als Norwegen und daher stark überproportional vom gemeinsamen Zertifikatemarkt profitiert, sind Änderungen – Abbau von Steuervorteilen hier, mehr Steueranreize dort – geplant. Und es droht Ungemach aus Brüssel. Auch wenn der Europäische Gerichtshof im vergangenen Jahr das schwedische Zertifikatesystem für vereinbar mit EU-Recht (Rechtssache C-573/12 (<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=154403&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=162827>)) erklärt hat, könnte die Verwirklichung der Pläne der EU-Kommission für eine Energieunion den Fortbestand für dieses nationale System unmöglich machen.